

WAHLEN 2011

97 Baselbieter wollen in den Nationalrat

97 Kandidatinnen und Kandidaten auf 14 Listen bewerben sich um die sieben Baselbieter Nationalratssitze. Das sind zwölf Kandidierende und eine Liste mehr als bei den eidg. Wahlen vor vier Jahren, wie Angaben der Baselbieter Landeskanzlei zu entnehmen ist. 29 Frauen und 68 Männer sind bis zum Eingabeschluss für die Nationalratswahlen vom 23. Oktober angemeldet worden. 2007 waren es ebenfalls 29 Frauen, aber nur 56 Männer gewesen.

Von den Parteien treten erstmals die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die Grünliberalen (GLP) und die Junge EVP an, alle drei mit einer vollen Liste. Nur eine Liste hat dagegen die SVP eingereicht; vor vier Jahren gab es auch noch eine Liste der Jungen SVP.

Im Übrigen treten die gleichen Parteien und Jungparteien an wie vor vier Jahren. Auch von ihnen haben fast alle volle Listen eingereicht. Einzige Ausnahme sind die Jungfreisinnigen, die nur sechs Kandidierende stellen. Die Junge FDP hat auch als einzige Gruppierung nur Männer auf der Liste. Den höchsten Frauenanteil stellen mit je vier Kandidatinnen die CVP und die Grünen, gefolgt von SP, EVP und JUSO mit je drei Kandidatinnen.

Von den sieben Bisherigen treten sechs erneut an. Einzig Hans-Rudolf Gysin (FDP) hat auf eine erneute Kandidatur verzichtet, sodass die Baselbieter FDP ihr einziges Mandat ohne Bisherigen verteidigen muss. Derzeit haben die Baselbieter SVP und SP je zwei, FDP, CVP und Grüne je ein Mandat in der grossen Kammer. Für den Ständerat kandidieren der Bisherige Claude Janiak (SP) sowie als Herausforderer die Nationalratsmitglieder Caspar Baader (SVP) und Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP). sda

ECONOMIESUISSE

Technische Berufe attraktiver machen

In einer modernen, ganz auf Technik ausgerichteten Gesellschaft steigt der Bedarf an gutausgebildeten Ingenieuren stetig. In der Schweiz kann die Zahl neuer Fachkräfte mit dieser Nachfrage nicht Schritt halten. Die Verbände economiesuisse und Swiss Engineering fordern deshalb eine verstärkte Förderung des Technikverständnisses in der obligatorischen Schulzeit sowie Massnahmen, die technische Berufe insbesondere für Frauen attraktiver machen. Ingenieure haben eine fundamentale Bedeutung für die Entwicklung einer Volkswirtschaft. Sie stehen am Ursprung vieler Innovationen und sind verantwortlich für deren erfolgreiche Umsetzung. Der Schweiz fehlen in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gegenwärtig rund 15'000 Fachkräfte. Dies führt zu einem direkten Wertschöpfungsverlust von zwei bis drei Milliarden Franken pro Jahr. Der Berufsverband Swiss Engineering und economiesuisse haben das Problem analysiert und die Ergebnisse anlässlich der World Engineers' Convention 2011 in Genf publiziert. Es zeigt sich, dass in der Schweiz bei der Nachwuchsförderung Defizite bestehen und sich im Vergleich zum Ausland deutlich weniger Frauen für die Ingenieurberufe entscheiden.

Ingenieurinnen fehlen

Um diese unbefriedigende Situation zu verbessern, schlagen die beiden Verbände eine Reihe von Massnahmen vor. Der Technik und die Naturwissenschaften müssen im Volksschulunterricht mehr Platz eingeräumt werden. Der Frauenanteil in den MINT-Berufen ist gezielt zu fördern. Dazu müssen die Hürden, die junge Frauen von technischen Berufen fernhalten, identifiziert und abgebaut werden. Die Wirtschaft kann ihrerseits einen Beitrag leisten, indem sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerade für diese Arbeitsplätze noch verbessert. Weiter muss die Finanzierung der technischen Hochschulen gestärkt werden, da ihr Anteil an den öffentlichen Bildungsgeldern markant gesunken ist.

Trotz aller Anstrengungen wird die Schweiz aber auch in Zukunft auf gut ausgebildete Ingenieure aus anderen Ländern angewiesen sein. Innerhalb Europas herrscht bereits heute ein intensiver Wettbewerb um die besten Fachkräfte. Deshalb muss der Zuzug von hoch qualifizierten Personen aus Ländern ausserhalb der EU und der EFTA vereinfacht werden.

STÄNDERATSWAHL – Der Wirtschaftsrat der Wirtschaftskammer Baselland unterstützt die Ständeratskandidatur des SVP-Nationalrats Caspar Baader aus Gelterkinden.

«Wir befinden uns in einem Wirtschaftskrieg»



«Es entspricht schlicht nicht den politischen Verhältnissen, wenn die Ständesvertreter aus beiden Basel aus dem linken Lager stammen»: Ständeratskandidat Caspar Baader.

BILD ZVG

Standpunkt: Herr Nationalrat Baader, Sie beschäftigen selber zehn Mitarbeitende. Sie sind also ein klassischer KMU-Vertreter. Was muss die Politik tun, damit die KMU gestärkt werden?

■ **Caspar Baader:** Unsere Wirtschaft braucht dringend mehr Wertschöpfung und deutlich weniger Bürokratie. Mit einer moderaten Steuerbelastung, mit weniger Abgaben und dem konsequenten Abbau von administrativen Belastungen schafft der Staat die Voraussetzungen für mehr Investitionen, mehr Konsum und damit auch für mehr Wachstum. Das bedingt eine haushälterische Finanzpolitik. Unsere Bundesausgaben sind in den letzten Jahren enorm gewachsen, stärker als die Wirtschaft, weshalb die Staatsquote ständig steigt. Beides müssen wir dringend senken. Bund und Kantone müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Nur so sorgen wir für einen attraktiven und leistungsfähigen Wirtschafts- und Lebensstandort Schweiz.

Tut der Staat in diesem Sinne genug gegen den starken Franken?

■ Wir befinden uns in einem Wirtschaftskrieg. Schuld daran sind die Schuldenkrise im EU-Raum und der wirtschaftlich desolate Zustand verschiedener europäischer Länder. Die Anleger haben kein Vertrauen mehr in den Euro und flüchten in den sichereren Hafen des Schweizer Franken. Mittlerweile wurde der Franken aber in einem höchst bedrohlichen Umfang zu einem Spekulationsobjekt. Deshalb war die Reaktion seitens der Schweizerischen Nationalbank richtig und dringend nötig.

«WIR BEFINDEN UNS IN EINEM WIRTSCHAFTSKRIEG. SCHULD DARAN IST DIE SCHULDENKRISE IM EU-RAUM.»

Solche Interventionen helfen vor allem unserer Exportindustrie.

■ Ja, aber der starke Franken trifft auch die KMU. Denken Sie nur an die vielen direkten und indirekten Zulieferbetriebe. Unsere Wirtschaft leidet im internationalen Vergleich generell unter zu hohen Kosten. Diese müssen gesenkt werden. Auch hier ist die Politik gefordert. So ist es volkswirtschaftlich schädlich, wenn wir die

Transport- und Energiekosten weiter erhöhen, wie dies beispielsweise bei der LSA per 1. Januar 2012 oder durch zusätzliche Abgaben auf Treibstoffen mit einer CO₂-Abgabe geplant ist. Unter solchen Massnahmen leidet vor allem die KMU-Wirtschaft. Nehmen wir ein anderes Beispiel: Die Einführung einer nationalen Erbschaftsteuer, wie dies die SP und der bisherige Baselbieter Ständerat fordern, wäre Gift für unsere Volkswirtschaft. Sie würde Unternehmen und gute Steuerzahler vertreiben. Auf beiden sind wir – die Schweiz und das Baselbiet – aber angewiesen.

Weshalb wollen Sie als KMU-Vertreter das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen? Ist das nicht ein Widerspruch?

■ Das ist eine börsartige Unterstellung der Medien. Weder ich noch meine Partei wollen den bilateralen Weg verlassen. Im Gegenteil, wir wollen ihn im Sinne der Schweiz stärken. Das trifft im Besonderen den Bereich der Personenfreizügigkeit. Aufgrund meiner täglichen Kontakte mit Unternehmen und Betrieben weiss ich, dass unsere Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Das war in der Vergangenheit so, das wird auch in Zukunft so sein.

«WEDER ICH NOCH MEINE PARTEI WOLLEN DEN BILATERALEN WEG VERLASSEN.»

Wo liegt dann das Problem?

■ Die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte soll sich nach unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten richten. Früher wurde die Zuwanderung ebenfalls gesteuert. Bund und Kantone haben in Absprache mit der Wirtschaft die Anzahl festgelegt – genau gleich, wie dies heute bei den Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Ländern geschieht. Mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen hat die Schweiz jede Steuerungsmöglichkeit für die Zuwanderung aus den EU-Ländern verloren. Der Bundesrat hat es verpasst, die im Vertrag enthaltene Notbremse der Ventilklausele rechtzeitig anzurufen und anzuwenden.

Also doch eine Kündigung?

Nein, ich verlange vom Bundesrat, dass er mit der EU Nachverhandlungen

über eine Anpassung dieses Abkommens aufnimmt – mit dem Ziel, dass die Schweiz die Zuwanderung bei Bedarf wieder selber steuern kann. Nachdem wir ja ständig in Verhandlungen mit Brüssel über Anpassungen an bisherigen Abkommen stecken, muss auch dies möglich sein. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Der Bundesrat hat unsere legitimen schweizerischen Interessen viel hartnäckiger zu vertreten als bisher.

«AUCH EINWAUNDERUNGSLÄNDER WIE DIE USA, KANADA UND AUSTRALIEN KONTROLLIEREN IHRE ZUWANDERUNG.»

Kann eine solche Steuerung heute überhaupt noch funktionieren?

■ Natürlich. Nehmen wir das Beispiel der Pharmaindustrie in unserer Region. Hier nimmt der Bedarf von Spezialisten aus USA, Indien und Asien, also aus Nicht-EU-Ländern, die heute immer noch dem Kontingentsystem unterliegen, laufend zu. Aus verschiedenen Gesprächen mit verantwortlichen Spitzenleuten der Industrie weiss ich, dass die Wirtschaft die nötigen Bewilligungen bislang immer erhalten hat. Übrigens auch klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada, Australien und Neuseeland kontrollieren ihre Zuwanderung. Das sind genauso wirtschaftsliberale Industriestaaten wie die Schweiz.

Weshalb braucht es überhaupt eine Steuerung der Zuwanderung?

■ In wirtschaftlich prosperierenden Zeiten stellt die Personenfreizügigkeit kein Problem dar. Doch sobald eine Rezession droht und unsere Betriebe womöglich Stellen abbauen müssen, stellt sich die Frage, wer wird arbeitslos? Wird der ältere und teurere Schweizer unter dem Kostendruck durch einen jüngeren Zuwanderer ersetzt? In wirtschaftlich schwierigen Situationen findet genau diese Konkurrenz am Arbeitsplatz statt. Dies ist ein heikles Thema. Doch wir dürfen aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Augen vor solchen Realitäten nicht verschliessen. Mir geht es letztendlich auch um eine Vorrangbehandlung und den Schutz der inländischen Arbeitnehmer. Mehr in-

ländische Arbeitslose führen unweigerlich zu höheren Sozialabzügen, zu mehr Steuern und Abgaben – und genau dies sollten wir gerade im Interesse der KMU-Wirtschaft tunlichst vermeiden.

Weshalb wollen Sie Ständerat werden?

■ Mehrere bürgerlicher Kanton – die letzten kantonalen Wahlen und verschiedene Volksabstimmungen haben dies gezeigt – braucht einen klar bürgerlichen Ständerat. Es entspricht schlicht nicht den politischen Verhältnissen, wenn die Ständesvertreter aus beiden Basel aus dem linken Lager stammen, wie dies heute der Fall ist.

Ändert sich mit einem Ständerat Baader etwas?

■ Zweifellos. Im Ständerat fallen oft sehr knappe Entscheide. Die Verstärkung der bürgerlichen Seite würde deshalb Einiges bewirken. Nehmen wir das Beispiel des Bausparens. Die Einführung eines nationalen Bausparens und damit die Rettung des auch volkswirtschaftlich sehr erfolgreichen Baselbieter Bausparmodells scheitern bislang an der Blockade der Kleinen Kammer. Die Stimmenthaltung des bisherigen Baselbieter Ständerates war in dieser Frage nicht unbedingt hilfreich, um es einmal gelinde auszudrücken. Von einem Baselbieter Ständesvertreter erwarte ich, dass er die Interessen unseres Kantons wahrnimmt, unabhängig von parteipolitischen Erwägungen. Der bisherige Ständerat hat dies höchstens dann getan, wenn es darum ging, vom Bund mehr Subventionen zu holen.

Interview Marcel W. Buss

ZUR PERSON

Caspar Baader praktiziert als selbstständiger Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei und zehn Mitarbeitenden in Gelterkinden. Er vertritt und berät vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Als Verwaltungsratsmitglied verschiedener KMU-Betriebe verfügt er über eine vielfältige unternehmerische Erfahrung. Seit 1998 gehört Caspar Baader dem Nationalrat an und präsidiert seit 2001 die SVP-Bundeshaufaktion. Seit zwölf Jahren ist er auch Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission des Nationalrats.